

# Lastenrad: Förderung zurechtgestutzt

VON RICHARD LORENZ

**Freising** – Die Stadt muss wegen der angespannten Haushaltslage sparen. Und das kann durchaus auch was mit Fahrrädern zu tun haben, um genauer zu sein, mit Lastenfahrrädern, wie sich am Mittwoch bei der Bauausschuss-Sitzung herausstellte. Die zuvor großzügigen Förderungen aus dem Etat werden nun zurechtgestutzt.

Der Mobilitätsbeauftragte der Stadt Freising, Dominik Fuchs, legte die beeindruckenden Zahlen beim Bauausschuss auf den Tisch: Seit dem Startschuss der Lastenradförderung im Jahr 2019 hat die Stadt Freising rund 142 000 Euro an Fördergelder für 252 Anträge ausgestoßen. Der Freisinger Kämmerei allerdings ist das viel zu viel, weshalb diese am 1. Dezember eine vollständige Aussetzung des Förderprogramms gefordert hat – jedenfalls so lange, bis sich die finanzielle Lage der Stadt wieder gebessert habe.

Ganz so weit möchte die Stadtverwaltung jetzt allerdings doch nicht gehen, trotz des deutlichen Kämmerei-Statements. Die Zwischenlösung? Fuchs klärte auf: Anstatt wirklich jeden Antrag zu fördern, sollen ab 2023 nur noch Anträge von einkommensschwachen Haushalten, Gewerbetreibenden und Unternehmen, gemeinnützigen Vereinen und Genossenschaften sowie Wohneigentümergeinschaften, die allesamt in Freising angesiedelt sind, positiv beschieden werden.

Weshalb gerade für Unternehmen eigene Lastenräder weiterhin wichtig seien, erklärte Fuchs so: „Nicht nur aufgrund der Maßnahmen zur Innenstadtanierung, die eine Verkehrsreduzierung ermöglichen sollen, erhöht sich der Bedarf lokaler Geschäftstreibender nach attraktiven Alternativen zur Nutzung eines Pkws, um ihre Waren zu transportieren. Die benötigen jedoch einen ständigen und schnellen Zugang zum Transportmittel, was das Lastenradmietsystem nicht garantieren kann.“

Für einkommensschwache Haushalte sei das Lastenrad hingegen aufgrund der Inflation und der hohen Benzinpreise eine gute Alternative für beispielsweise den Transport von Einkäufen, die weiterhin dringend gefördert werden müsse. Diese Gruppen fielen allerdings dem Rotstift zum Opfer: Privatpersonen und freiberuflich tätige Menschen, die in der Stadt gewerbesteuerpflichtig sind. Dass die restlichen weiterhin Förderberechtigten allerdings per se die Minderheit der Antragsteller sind, zeige laut Fuchs eine Statistik – für etwa das Jahr 2021 haben lediglich sechs Gewerbetreibende, Vereine und Wohnungseigentümergeinschaften sowie zwei einkommensschwache Haushalte einen Lastenrad-Förderantrag bei der Stadt eingebracht.

Hochgerechnet, so Fuchs, könnten dann vermutlich 3000 Euro jährlich als Fördermittel reichen – weil eben nicht mehr jeder „normale Bürger“ einen Antrag einreichen kann. Was sich Werner Habermeyer (Grüne) zudem wünschen würde: „Die Stadt sollte

das Lastenradleih-System stärker ausbauen, weil sich einkommensschwache Menschen Lastenräder trotz unserer Förderung kaum leisten können.“ Sein Vorschlag: „Wir müssen da jetzt mehr Geld reinpumpen.“

Wofür sich hingegen Robert Weller (FW) aussprach: „Ich würde nur noch die Anträge von einkommensschwachen Menschen fördern, und zwar speziell dann für Lastenanhänger.“ Laut Weller würden viele Eltern solche Anhänger nutzen, zudem sei die Förderung von diesen deutlich billiger, womit dann einfach mehr Anträge positiv beschieden werden könnten.

Was sich übrigens auch noch verändern wird: „Der Antragssteller hat einen Wegzug aus der Stadt Freising während der Zweckbindungsfrist anzuzeigen. Der Antragssteller hat die Fördersumme anteilig entsprechend der noch verbliebenen Monate aus der Zweckbindungsfrist zurückzuzahlen“, wie es nun in der überarbeiteten Richtlinie heißt. „3000 Euro stehen im Haushalt. Sollten jetzt mehr Anträge von der einen oder anderen Gruppe kommen als erwartet, können wir immer noch umschichten“, so das abschließende Resümee von Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher. Der Beschluss zur Veränderung der Förderrichtlinien fiel einstimmig.